

**Feststellung gemäß § 5 UVPG**  
**Norddeutsche Naturstein GmbH Hessisch Oldendorf**

**GAA v. 16.8.2023**

Die Firma Norddeutsche Naturstein GmbH, Altenhäuser Str. 41, 39345 Flechtlingen, hat mit Schreiben vom 29.03.2023 die Erteilung einer Genehmigung gemäß § 16 Abs. 4 BImSchG für die Änderung des Steinbruchs Segelhorst mit einer Abbaufäche von 59,5 ha am Standort in 31840 Hessisch Oldendorf, Riesenbergstraße, Gemarkung Langenfeld, Flur 5, Flurstück 13/12 beantragt.

Gegenstand der wesentlichen Änderung ist:

- Rückbau der Entstaubungsanlage der Vorbrecheranlage,
- Verlegung der vorhandenen Entstaubungsanlage inklusive des Zwecksilos der Verladeanlage zum Einsatz an der Vorbrecheranlage,
- Errichtung einer neuen Entstaubungsanlage zur Entstaubung der Verladeanlage und Entfüllung der Edel- sowie Einfachsplittaufbereitung,
- Errichtung eines neuen Hochsilos zur zentralen Fassung des Gesteinfüllers aus den Entstaubungsanlagen der Nachbrecheranlage, Schotteranlage, Edelsplittanlage sowie Verladeanlage,
- Einsatz eines Kompressors zur zentralen Druckluftversorgung der Entstaubungsanlagen.

Im Rahmen dieses Genehmigungsverfahrens ist gemäß §§ 5, 9 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 UVPG i. V. m. Nr. 2.1.2 (A) der Anlage 1 UVPG durch eine allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls zu ermitteln, ob für das beantragte Vorhaben eine Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP-Pflicht) besteht.

Die Vorprüfung hat ergeben, dass für das Vorhaben eine UVP-Pflicht nicht besteht.

## **Begründung:**

Gemäß § 9 Abs. 4 i.V.m. § 7 Abs. 1 S. 2 UVPG ist die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls als überschlägige Prüfung der in der Anlage 3 zum UVPG aufgeführten Kriterien durchzuführen.

Anhand der in Anlage 3 genannten Merkmale des Vorhabens kann insgesamt festgestellt werden, dass keine erheblichen negativen Zusatzbelastungen für die Umwelt zu erwarten sind.

Die Größe und Ausgestaltung des Vorhabens rufen keine erheblichen negativen Umwelteinwirkungen hervor. Insbesondere durch die Errichtung eines zusätzlichen Silos werden diese nicht hervorgerufen. Es werden keine neuen Flächen in Anspruch genommen und die Abbaufäche des genehmigten Kalksteintagebaus erhöht sich nicht.

Auch bei Betrachtung des Zusammenwirkens mit anderen Vorhaben kann festgestellt werden, dass keine Zusatzbelastungen für die Umwelt zu erwarten sind.

Dies gilt ebenso für die Nutzung natürlicher Ressourcen. Durch die Änderung der bereits genehmigten und betriebenen Anlagen kommt es zu keiner erheblichen Zusatznutzung von Ressourcen. Insbesondere nicht der Ressourcen Fläche, Wasser und Boden.

Durch den Betrieb der geänderten Anlage ist kein erheblicher Mehranfall von Abfall zu erwarten. Aufgrund dessen kann auch hier angenommen werden, dass keine erheblichen zusätzlichen Umwelteinwirkungen im Zuge des geplanten Vorhabens zu erwarten sind.

Umweltverschmutzungen und Belästigungen, sowie Risiken von Störfällen, Unfällen und Katastrophen sind beim planmäßigen Betrieb der geänderten Anlage nicht geeignet, Umwelteinwirkungen auszulösen, die in erheblichem Maße als negativ einzustufen sind. Insbesondere dadurch, dass es zu keiner Kapazitätserhöhung kommt und die Entstaubungsanlagen mit der Änderung auf den neusten Stand der Technik gebracht werden, kann davon ausgegangen werden, dass keine erheblichen zusätzlichen Belästigungen durch Luftverunreinigungen entstehen werden.

Auch Risiken für die menschliche Gesundheit werden durch das geplante Vorhaben bei bestimmungsgemäßen Betrieb der Anlage nicht zu besorgen sein. Insbesondere sind die von der Antragstellerin vorgesehenen Maßnahmen zum Arbeitsschutz ausreichend, dies sicherzustellen.

Auch für das in Anlage 3 genannte Kriterium des Standortes des Vorhabens kann insgesamt angenommen werden, dass keine erheblichen zusätzlichen negativen Umwelteinwirkungen durch das antragsgegenständliche Vorhaben zu erwarten sind.

Die bereits bestehende Nutzung des Gebietes entspricht auch der nach Durchführung des geplanten Vorhabens beabsichtigten Nutzung des Gebietes. Vorrangig wird auch hier weiter der Rohstoffabbau im Vordergrund der Nutzung stehen.

Negative Umweltbelastungen auf Reichtum, Verfügbarkeit, Qualität und Regenerationsfähigkeit der natürlichen Ressourcen sind ebenso nicht zu erwarten. Insbesondere, da sich das antragsgegenständliche Vorhaben nicht oder nur untergeordnet auf die am Standort natürlich vorkommenden Ressourcen auswirkt.

Ebenso ergeben sich keine erheblichen negativen Zusatzbelastungen für die Umwelt in Zusammenhang mit der Belastbarkeit der Schutzgüter der unter Nummer 2.3 der Anlage 3 genannten Gebiete. Zwar sind hier einige der genannten Gebiete unmittelbar angrenzend an das Gebiet des Kalksteintagebaus. Der Umfang des geplanten Vorhabens ist allerdings in seinen Auswirkungen im Vergleich zum regulären Betrieb der Rohstoffgewinnung als untergeordnet anzusehen. Insbesondere da die Maßnahmen des beantragten Vorhabens zum Großteil dazu dienen, die eingesetzte Technik der Entstaubungsanlagen auf den neusten Stand der Technik zu bringen und Abläufe im Betrieb zu optimieren.

Auch in Bezug auf Art und Merkmale der möglichen Auswirkungen des Vorhabens kann insgesamt festgestellt werden, dass keine erheblichen zusätzlichen Umweltbelastungen zu erwarten sind.

Diese Feststellung wird hiermit der Öffentlichkeit bekannt gegeben. Sie ist nicht selbständig anfechtbar.